

Prüfung dienstrechtlicher Konsequenzen für AfD-Mitglieder im Beamtenverhältnis an der CAU

Antragsteller*innen:

Nick Jürgensen (CampusGrüne), Fritz Herkenhoff (CampusGrüne), Katrin Meyer (CampusGrüne)

Antragstext:

Das Studierendenparlament der CAU möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf, zu prüfen, inwiefern die jüngste Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz dienstrechtliche Konsequenzen für verbeamtete AfD-Mitglieder an der Universität haben kann.
2. Es soll geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Entlassung oder anderweitige disziplinarische Maßnahmen gegen Beamt*innen mit aktiver AfD-Mitgliedschaft rechtlich möglich und geboten sind – insbesondere mit Blick auf das Mäßigungsgebot und die Treuepflicht gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gemäß Beamtenrecht.
3. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, öffentlich Stellung zu beziehen, wie eine aktive Mitgliedschaft in einer vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei mit den Grundwerten der Universität – insbesondere Diversität, Gleichstellung, Demokratie und Weltoffenheit – vereinbar sein kann.
4. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf den Fall des Direktkandidat der AfD in Kiel verwiesen, welcher an der CAU angestellt ist und in der Vergangenheit öffentlich rechte Positionen vertreten hat. Die Universität wird aufgefordert, zu diesem Fall explizit Stellung zu nehmen, beziehungsweise die bereits erfolgte Stellungnahme sichtbarer zu machen und in einer ihrer Rundmails Bezug zu nehmen.

Antragsbegründung:

Die CAU versteht sich als weltoffene, demokratische und tolerante Universität, die sich aktiv gegen Diskriminierung, Rassismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass Personen, die aktiv einer vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei angehören, gleichzeitig als verbeamtete Lehrende in zentraler Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen stehen.

Insbesondere das Beamtenrecht verpflichtet Beamt*innen zur Verfassungstreue und zum Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Mitgliedschaft in einer Partei, die laut Verfassungsschutz gezielt demokratische Institutionen untergräbt, wirft daher schwerwiegende rechtliche und moralische Fragen auf. Die Universität sollte im Sinne ihrer eigenen Werte und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung prüfen, ob eine solche Mitgliedschaft mit dem Leitbild der CAU vereinbar ist.

Als Studierendenschaft erwarten wir von der Universitätsleitung eine transparente Auseinandersetzung mit diesen Fragen und einen aktiven Einsatz für eine Universität, die sich glaubwürdig gegen Rechtsextremismus positioniert – auch in den eigenen Reihen.